

## Information über die Sitzung des Gemeinderats am 06. Februar 2007

### **Zustimmung zur Bildung und Übertragung eines Geschäftsbereiches auf den Ersten Beigeordneten**

Die Festlegung ob und wie viele Geschäftsbereiche zur Übertragung auf die Beigeordneten zu bilden sind, erfolgt durch den Gemeinderat. In der Hauptsatzung ist bestimmt, dass für die Verwaltung der Gemeinde drei Geschäftsbereiche gebildet werden, die auf Beigeordnete zu übertragen sind. Der Bürgermeister bildet folgenden Geschäftsbereich und überträgt die Leitung auf den Ersten Beigeordneten. Hierfür ist die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich:

Geschäftsbereich Erster Beigeordneter Klaus Lenz:

- Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters bei dessen Verhinderung
- Kultur (ohne Palatinum)
- Sport

Ratsmitglied Manfred Müller (FWG) spricht sich namens seiner Fraktion gegen die Übertragung eines Geschäftsbereichs aus. Die Stellungnahme dazu wird in einer späteren nichtöffentlichen Sitzung abgegeben.

Fraktionsvorsitzender Joachim Greiff (CDU) ist über das Verhalten der FWG-Fraktion enttäuscht. Schließlich habe die CDU-Fraktion seinerzeit auch die Übertragung eines Geschäftsbereichs auf den Dritten Beigeordneten unterstützt.

Die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschlag zur Kenntnis nehmen, so Fraktionsvorsitzender Klaus Leicht (SPD).

#### **Beschluss, bei neun Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und acht Enthaltungen:**

Dem Vorschlag des Bürgermeisters für die Bildung des Geschäftsbereiches und die Übertragung der Leitung auf den Ersten Beigeordneten wird zugestimmt.

### **Bildung von Ausschüssen; Ergänzungswahlen**

Durch die Wahl des Ersten Beigeordneten Klaus Lenz (CDU) werden in verschiedenen Ausschüssen Ergänzungswahlen erforderlich.

#### **Beschluss, bei 17 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen:**

In die Ausschüsse werden folgende Personen gewählt (R=Ratsmitglied, B=Bürger)

Mitglieder:

Stellvertreter:

#### **Bauausschuss**

Konrad Heller für Klaus Lenz

#### **Landwirtschafts- und Umweltausschuss**

Konrad Heller für Klaus Lenz

#### **Partnerschaftsausschuss**

Klaus Lenz für Konrad Heller

#### **Gremium für Grundwasserproblematik**

Konrad Heller für Klaus Lenz

#### **Gemeindevertreter in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für**

#### **Wasserversorgung**

Konrad Heller für Thomas Greiff

### **Unterrichtung des Gemeinderats über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Bediensteten 2005 - 2006**

Nach § 33 Abs. 2 GemO ist der Gemeinderat jährlich vom Bürgermeister in öffentlicher Sitzung über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Gemeinde zu unterrichten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Für die Jahre 2005 und 2006 ergeht Fehlanzeige.

### **Widmung der Straßen im Neubaugebiet „Am Alten Damm“**

Straßen sind mit Festlegung der Straßengruppe, der sie angehören sollen, sowie eventueller Beschränkungen auf bestimmte Benutzerarten oder Benutzerkreise nach dem Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz dem öffentlichen Verkehr zu widmen. Die Erschließung des Neubaugebiets „Am Alten Damm“ ist abgeschlossen, so dass nun die Widmung der im Bebauungsplan festgesetzten und hergestellten neuen Straßen erfolgen kann.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Gemäß § 36 LStrG werden die Straßen im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Am Alten Damm“ (Medardusring zwischen Fußgönheimer Straße und Neustadter Straße, Dammstraße zwischen Mozartstraße und Medardusring, Am Antzweg, Einzkeimer Straße, Farenheimer Straße, Am Eispfad) einschließlich ihrer befahrbaren und nicht befahrbaren Seitenstrecken und Verbindungswege dem öffentlichen Verkehr gewidmet und gemäß § 3 LStrG als Gemeindestraßen eingestuft.

### **Wirtschaftsplan Palatinum für das Jahr 2007**

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2007 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 923.800,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 718.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 425.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 357.000,00 € übernimmt. Zur Bestreitung von Investitionsmaßnahmen ist ein Darlehen in Höhe von 240.000,00 € veranschlagt. Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites wird auf 200.000,00 € festgesetzt.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2007 für das Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

### **Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2007**

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2007 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.206.000,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 810.300,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 380.300,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich. Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2007 für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Mutterstadt wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

### **Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2007**

#### **a) Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006-2010**

#### **b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2007**

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2007 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2010 im Entwurf gefertigt. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Überschuss von 177.505,00 € ab, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wird.

Für den Eigenbetrieb Palatinum ist ein Darlehen für Investitionsmaßnahmen über 240.000,00 € veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kassenkredite werden für den Haushalt auf 3.000.000,00 € festgesetzt.

### **Haushaltsrede von Bürgermeister Ewald Ledig:**

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,  
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
verehrte Gäste,

im Mittelpunkt der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehen die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2007 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre bis 2010.

Das 222 Seiten umfassende Werk ist in den Fachausschüssen und am 16. Januar 2007 im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Das Ministerium des Innern und für Sport hat Anfang Dezember 2006 wieder Leitlinien und Hinweise für die Haushaltswirtschaft 2007 der kommunalen Gebietskörperschaften veröffentlicht. Darin heißt es:

„Der Finanzplanungsrat hat in seiner 105. Sitzung am 10. November 2006 die aktuelle Lage der öffentlichen Haushalte sowie die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushalte 2007 erörtert. Dabei wurden u. a. einvernehmlich folgende Beschlüsse gefasst:

1. Vor dem Hintergrund nach wie vor hoher Defizite der öffentlichen Haushalte und des erreichten hohen Schuldenstandes von 1,5 Billionen Euro bekräftigen die Finanzminister die Notwendigkeit, mit Hilfe der Mehreinnahmen die Neuverschuldung deutlich abzubauen.
2. Das gesamtstaatliche Defizit wird im Jahr 2006 2 ¼ % des Bruttoinlandsprodukts betragen; damit wird bereits in diesem Jahr die Defizitgrenze des EU-Vertrages deutlich unterschritten. Im nächsten Jahr wird das Defizit 1 ½ % betragen, womit nach Auffassung der Finanzminister eine wesentliche Voraussetzung für die Entlassung aus dem Defizitverfahren gegen Deutschland erfüllt ist. Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich weiterhin zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Einhaltung der Kriterien des

- Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Gemäß dem reformierten Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt muss das gesamtwirtschaftliche Defizit auch in den Folgejahren jährlich um 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts strukturell gesenkt werden.
3. Die Nettokreditaufnahme des Bundes im Jahr 2007 wird die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Bund, Länder und Gemeinden bekräftigen ihren Beschluss zur Ausgabelinie in der 104. Sitzung des Finanzplanungsrates vom 29. Juni 2006 und streben weiterhin an, das Ausgabenwachstum in den Jahren 2007 bis 2010 auf jahresdurchschnittlich 1 % zu begrenzen. Hierzu sind weitere Konsolidierungsmaßnahmen notwendig.

Trotz der positiven Entwicklung der Konjunktur und der Steuereinnahmen besteht daher keine Veranlassung, von dem eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung abzuweichen. Es ist weiterhin zwingend erforderlich, dass alle öffentlichen Haushalte den seit Jahren geforderten Sparkurs fortsetzen und alle Einnahmequellen ausgeschöpft werden.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die Bundesregierung erwartet in Übereinstimmung mit den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose für dieses Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 2,3 %. Damit stehen die Chancen gut, dass sich trotz der Umsatzsteueranhebung im nächsten Jahr die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung fortsetzt. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2007 - wie die Institute - einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 %. Die Verstärkung des Wirtschaftswachstums zeigt sich auch in deutlichen Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Das in diesem Jahr von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam auf den Weg gebrachte Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung trägt zu einer Kräftigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung bei. Die günstige Wirtschaftsentwicklung und die steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung führen zu Mehreinnahmen für den öffentlichen Gesamthaushalt in Höhe von 19,4 Mrd. EUR in diesem Jahr und in Höhe von 20,1 Mrd. EUR im nächsten Jahr. Nach den massiven Steuerausfällen der vergangenen Jahre wird damit erstmals wieder das Niveau des Jahres 2000 überschritten.“

Soweit die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung, wie sie das Ministerium in Mainz sieht.

Unter Beachtung dieser und weiterer Rahmenkriterien hat die Verwaltung einen Haushaltsplan aufgestellt, der sich unseres Erachtens an realistischen Daten orientiert.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Jahres 2007

Der Haushaltsplan 2007 schließt im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit einem Gesamtvolumen von 15.166.205,00 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 13.370.125,00 € und auf den Vermögenshaushalt 1.796.080,00 €. Im Etat 2007 sind keine Verpflichtungsermächtigungen in Ansatz gebracht. Der allgemeinen Rücklage werden zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 28.775,00 € entnommen. Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen werden keine Darlehen benötigt. Damit die Kassenliquidität aufrecht erhalten werden kann, dürfen Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 3.000.000,00 € in Anspruch genommen werden. Der Verwaltungshaushalt ist auch im Haushaltsjahr 2007 ausgeglichen. Den zu erwartenden Einnahmen von 13.370.125,00 € stehen Ausgaben von 13.192.620,00 € gegenüber. Es errechnet sich ein Überschuss von 177.505,00 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Der Überschuss erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzuführung in Höhe der Darlehensstilgungen von 127.000,00 €. Der Verwaltungshaushalt ist nach Zuführung an den Vermögenshaushalt ausgeglichen.

Auf den ersten Blick kann im Grunde nach das vorgeplante Ergebnis nicht ganz als zufriedenstellend bezeichnet werden. Addiert man allerdings die für das Palatinum zu erbringenden erheblichen Verlustausgleiche hinzu, bleibt festzustellen, dass doch ein passabler Überschuss erwirtschaftet und darüber hinaus eine „Freie Finanzspitze“ von 51.000,00 € ausgewiesen werden kann. Die eingeleiteten und auch für 2007 praktizierten Konsolidierungsmaßnahmen zeigen ihre Wirkung. Die positive Gestaltung des Haushaltes ist trotz alledem weiterhin äußerst schwierig. Ursache hierfür ist, dass zum Teil erhebliche Aufwendungen für gemeindliche Einrichtungen, so genannte freiwillige Leistungen und die darauf beruhenden Folgekosten zu bestreiten sind. Die Gemeindebibliothek, der Jugendtreff, der Kinderhort, aber auch der Sportpark und die Turnhallen, das Haus der Vereine und das neu in Betrieb gegangene Feuerwehrgerätehaus u.a. sind hier nur beispielhaft erwähnt. Die Unterhaltungs-, Betriebs- und Personalkosten für alle gemeindlichen Einrichtungen sind, ohne dass dadurch eine Schmälerung in der Leistungsfähigkeit zu befürchten ist, auf das Notwendige zurückgeführt. Die zu beeinflussenden Ausgaben sind jedoch kritisch zu begleiten und auf ihre unabdingbare Notwendigkeit hin zu durchleuchten. Das für das Palatinum vorliegende betriebswirtschaftliche Gesamtkonzept sollte einschränkend auch für den gemeindlichen Haushalt als richtungsweisend gelten und wo möglich entsprechend angewandt werden.

Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer gesichert bleibt, müssen im Gesamthaushalt, im Finanzplan und im Investitionsprogramm der Jahre 2006 bis 2010 alle möglichen Einsparungen ernsthaft, konsequent und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg, weiterhin oberste Priorität genießen. Es ist vor künftigen Investitionstätigkeiten so lange zu warnen, als diese nicht mit den jeweils vorhandenen Einnahmen - ohne Darlehensaufnahmen - bestritten werden können. Von einem solchen Tun ist insbesondere dann abzuraten, wenn die reichlich vorhandenen Baugrundstücke nicht in der geplanten zeitlichen Abfolge verkauft werden können. Die im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaftenden Mittel zur Mitfinanzierung von Investitionen werden im Finanzplanungszeitraum bis 2010 nur in bescheidenem Rahmen möglich sein. Alle Sparbemühungen sollten darauf gerichtet sein, dass der in 2006 fällig werdende Sparkassenbrief und das der Pfalzwerke gewährte Darlehen als sogenanntes „Tafelsilber“ auch in der Zukunft vermögenswirksam angelegt werden kann.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes ist es notwendig, künftige Investitionen und Baumaßnahmen auf ihre Kostenhöhe zu fixieren und in zeitliche Prioritäten einzureihen. Die Vergabe einer jeden Maßnahme sollte künftig erst dann realisiert werden, wenn einerseits die Finanzierung gesichert ist und andererseits die daraus erwachsenden Folgekosten geleistet werden können. Die dauernde Leistungsfähigkeit und die so genannte „Freie Finanzspitze“ sind bei künftigen Investitionen seitens des Rates und seiner Ausschüsse zu hinterfragen. Nur so ist gewährleistet, dass nachfolgenden Generationen ein gewisser Handlungsspielraum verbleibt.

Die Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes hat sich gegenüber dem des zurückliegenden Haushaltsjahres nur unwesentlich geändert. Die Steuer-, Gebühren- und Beitragssätze wurden in der Höhe des Vorjahres beibehalten. Erhöht im Etat veranschlagt sind Ausgaben, die sich aus den Vorschriften des Hartz IV-Gesetzes ergeben. Zum 01.10.2005 ist der für den Bund und die Gemeinden geltende neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Kraft getreten. Im Verwaltungshaushalt ist daher die Unterscheidung zwischen Angestellte und Arbeiter nicht mehr ausgewiesen. Die Planansätze werden nun unter der Bezeichnung „Tarifbeschäftigte“ veranschlagt. Erstmals im Haushalt bereitgestellt sind die von den Tarifparteien beschlossenen Mittel, die für besondere Leistungen zur Verteilung kommen.

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Verlässliche Ausgangspunkte zur Erstellung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2010 liegen den Gemeinden nicht vor. Der derzeit eingesetzte Konsumaufschwung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen geben Anlass zum Optimismus bezüglich der Einnahmeverbesserungen. Auf Grund der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrung hat sich die Verwaltung bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen trotzdem besondere Zurückhaltung auferlegt und ist nur bedingt den vom Ministerium des Innern und für Sport vorgegebenen Empfehlungen nachgekommen. Die vom Finanzplanungsrat auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgegebene finanzpolitische Situation wurde von der Verwaltung regionalisiert und in den Haushaltsplan eingestellt. Der Spielraum, der sich insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteuerzuweisungen ergibt, wird ganz erheblich vom Gemeindefinanzierungsgesetz, von der Steuerreform und den Hartz IV-Gesetzen beeinflusst. Es bleibt zu hoffen, dass die positiv angelaufene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung so ihren Fortgang finden möge.

Die allgemeinen Zuweisungen setzen sich zusammen aus der Schlüsselzuweisung und der Ausgleichsleistung des Landes. Die Ansätze sollten sich gegenüber dem Vorjahr positiv entwickeln. Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und Grundsteuer B (Grundstücke) bleiben kaum verändert auf dem Niveau des Vorjahres bestehen. Die Gewerbesteuer wurde in der vorjährigen Höhe veranschlagt. Der Anteil an der Einkommensteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ist den vorliegenden Berechnungen

angepasst. Das Aufkommen bei der Vergnügungs- und Hundesteuer ist unverändert fortgeschrieben. Die Ausgleichsleistung des Landes nach § 21 LFAG wird wenig verändert in der Höhe des Vorjahres erwartet. Die Einnahmen bei den Gebühren und Entgelten sind in der Summe gegenüber dem Vorjahr kaum merklich geändert.

Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und die Einnahmen aus dem Verkauf von Familienstammbüchern, Verpflegungskostenersatz, Chroniken usw. wurden vermindert fortgeschrieben. Ursächlich hierfür ist, dass das Verfahren im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ abgeschlossen ist und somit Ausgleichszahlungen nicht mehr vereinnahmt werden können. Die Einnahmen von übrigen Bereichen sind im Wesentlichen konstant und betreffen die Abführungen des Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung für die von der Gemeinde erbrachten Verwaltungskosten.

Die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen weisen gegenüber dem Vorjahr keine größeren Bewegungen aus und wurden kontinuierlich fortgeschrieben. Dies ist ebenso zutreffend für die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen aus der Wiederanlage des Sparkassenbriefes und dem bisher der Pfalzwerke AG gewährte Darlehen. Die Konzessionsabgaben aus der Strom- und Gasversorgung sind leicht erhöht ausgewiesen. Die vom Zweckverband für Wasserversorgung zu zahlende Konzessionsabgabe ist ab 2005 jahresbezogen berechnet und erreicht den Stand des Vorjahres. Die inneren Verrechnungen für den Bauhof und für die Hausmeisterdienste sowie die kalkulatorischen Einnahmen sind auf Grund der erforderlichen Fortschreibungen veranschlagt.

Die Personalausgaben werden sich gegenüber dem Vorjahr um rund 69.000,00 € erhöhen. Ursächlich hierfür ist, dass ab dem Jahr 2007 die tarifvertraglich vereinbarte Leistungsprämie bereitzustellen ist. Beförderungen, Höhergruppierungen und Zuordnungen in die Tarifgruppen nach dem neuen Tarifrecht (TVöD) sind moderat und können somit vernachlässigt werden.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand vermindert sich nur unwesentlich und verteilt sich auf viele Haushaltspositionen. Abweichungen im Plus- und Minusbereich sind der Übersicht über die Sammelnachweiskonten zu entnehmen. Die Verrechnungen des Bauhofs wurden neu zugeordnet und sind hier nicht mehr nachgewiesen. Die kalkulatorischen Kosten sind wegen der Berechnung der auf das neue Feuerwehrgebäude entfallenden Abschreibungen neu fortgeschrieben.

Die allgemeinen Zuweisungen und Zuschüsse sind gegenüber dem Vorjahr vermindert ausgewiesen. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus der Subtraktion des für das Palatinum verringert zu erbringenden Betriebskostenanteils und der erhöht zu zahlenden Schulverbandsumlage an das Rudolf-Wihr-Schulzentrum. Die an den Gewässerverband Isenach-Eckbach zu zahlende Umlage ist gleichbleibend angesetzt. Die Mittel zur Förderung des Sports, zur Förderung des Nahverkehrs, zur Förderung der Musik- und Gesangsvereine sind unverändert.

Die Zinsausgaben orientieren sich am Schuldendienst für die bestehenden Darlehen und berücksichtigen die voraussichtlich in 2007 kurzzeitig in Anspruch zu nehmenden Kassenkredite.

Die Gewerbesteuerumlage ist jeweils abhängig vom jährlichen Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen und dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Vervielfältigungssatz. Der Vervielfältiger für das Jahr 2007 wurde von bisher 74 %-Punkte auf nun 73 %-Punkte gesenkt und erbringt eine kaum spürbare Einsparung. Nach den vorliegenden Berechnungen ist im Jahr 2007 erstmals an das Land keine Finanzausgleichsumlage zu zahlen. Die Anteilzahlung zum „Fonds Deutsche Einheit“ verbleibt wie im Vorjahr konstant. Die an den Landkreis zu zahlende Kreisumlage einschließlich der Progression ist an die Steuerkraftmesszahl gekoppelt und erhöht auszuweisen. Die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt beträgt 177.000,00 €. Dieser Betrag deckt nicht nur die vom Gesetzgeber geforderte Pflichtzuführung (Darlehensführung) in voller Höhe ab, sondern lässt auch einen kleinen Freiraum zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt.

Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 1.796.080,00 €. Die in den Planansätzen nachgewiesenen Einnahmen resultieren zum überwiegenden Teil aus den vorgesehenen Grundstücksverkäufen an der Oggersheimer Straße (900.000,00 €) und dem Baugebiet „Am Alten Damm“ (450.000,00 €). Aus dem Verkauf von beweglichem Vermögen sind Einnahmen von 10.000,00 € veranschlagt. Vom Kreiswohnungsverband und vom Rhein-Pfalz-Kreis werden Darlehensrückflüsse von 24.000,00 € erwartet.

Investitionsschlüsselzuweisungen sind in Höhe von 41.000,00 € errechnet. Das Land gewährt Zuschüsse in Höhe von 47.000,00 € für den Erwerb von Fahrzeugen für die Feuerwehr, 42.000,00 € für Investitionen. Der wiederkehrende Ausbaueintrag ist mit 112.000,00 € und die Ablösung für private Stellplätze ist mit 4.000,00 € veranschlagt. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt ist mit 177.000,00 € ausgewiesen. Als Kostenersatz für die Anbindung des Aussiedlerhofes Renner an den Autobahnkreisel werden 15.000,00 € erwartet. Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes werden 29.000,00 € den allgemeinen Rücklagen entnommen.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Im Haushaltsjahr 2007 wird wiederum eine Investitionshilfe für Ruanda über 2.500,00 € vorgesehen. Für die EDV werden 25.000,00 € und für den Erwerb von Anlagevermögen 43.000,00 € erforderlich sein. Im Rathaus und im Verbund mit der Neuen Pforte ist die Erneuerung der Heizungsanlage in Höhe von je 90.000,00 € vorgesehen. Die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr beansprucht insgesamt 345.000,00 € verteilt auf 2007 mit 145.000,00 € und 2008 mit 200.000,00 €. Für die Sanierung der Tragwerke in den Turnhallen sind 10.000,00 € vorgesehen. Bei der Gemeindebibliothek ist die Beleuchtungssteuerung mit 4.000,00 € durchzuführen. Der Grunderwerb und die ökologischen Maßnahmen für Ausgleichsflächen und im Rahmen des Landschaftspflegeplans sind 52.000,00 € erforderlich. An die ev. Kirchengemeinde werden zur Sanierung der dortigen Stummorgel 11.000,00 € und der ev. Kindertagesstätte 1 die Restzahlung für die Sanierung des Sanitärbereichs in Höhe von 20.000,00 € bewilligt. Für die Erneuerung der Kinderspielplätze stehen 12.000,00 € zur Verfügung, für die Umgestaltung der Außenanlage mit Erneuerung der Spielgeräte im Haus des Kindes müssen 19.000,00 € aufgewendet werden. Dem Tennisclub Mutterstadt wird ein Investitionszuschuss über 3.300,00 € und dem Kegelverein der vertraglich zugesagte jährliche Baukostenzuschuss von 10.000,00 € gewährt. Mit einem Haushaltsvermerk versehen ist die Erneuerung des Kunstrasenplatzes im Sportpark der mit 342.000,00 € veranschlagt ist. 125.000,00 € stehen für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen und 8.000,00 € für die Straßenleuchterneuerung bereit. Der lokale und externe Gewässerausbau wird eine Anschubfinanzierung von 80.000,00 € benötigen. Die Anschaffung eines Stromzählers für den Vorplatz der Neuen Pforte ist mit 5.000,00 €, die Erweiterung des Friedhofes und der Urnenwand mit zusammen 106.000,00 € veranschlagt. Dem Palatinum wird ein Baudarlehen über 240.000,00 € für die Erneuerung der Holzterrasse und einer Beschattungsanlage sowie der Errichtung einer Toilette im Gaststättenbereich gewährt. Für den Bauhof ist die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges über 40.000,00 € geplant. Für die Schönesbrücke ist nach einer Versicherungsleistung die Instandsetzung in Höhe von 6.000,00 € vorgesehen. Die Anschubfinanzierung für die Ortsumfahrung zum Pfalzmarkt beträgt 20.000,00 €. Für die Sanierung der Gemeindehäuser einschließlich eines Abrisses stehen 28.000,00 € zur Verfügung. Der Grunderwerb wird 35.000,00 € und die Erschließung der Fremdanliegergrundstücke 60.000,00 € benötigen. Die planmäßige Tilgung der Darlehen wird 127.000,00 € betragen.

Zur Verwirklichung der in 2007 geplanten Investitionsmaßnahmen werden insgesamt 1.796.080,00 € benötigt. Einnahmen, mit denen tatsächlich zu rechnen ist, stehen im Augenblick nur 446.000,00 € zur Verfügung. Sollten die im Vermögenshaushalt eingestellten Grundstückserlöse nicht in der hierfür vorgeplanten Höhe realisiert werden können, müssten vorgesehene Maßnahmen zurückgestellt oder durch Darlehensaufnahmen finanziert werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass jede Investition - vor Beschlussfassung - auf ihre Finanzierbarkeit zu hinterfragen ist. Der Rat mit seinen Ausschüssen einschließlich der Verwaltung stehen hier in besonderer Verantwortung.

Lassen Sie mich, verehrte Damen und Herren, nun zu meinen Schlussbemerkungen kommen.

Eine Verbesserung der Finanzlage und eine Sanierung der kommunalen Haushaltssituation ist nur durch eine nachhaltige, dauerhafte Reduzierung von Standards - das sind Rechtsansprüche unserer Bürger und Einwohner, das sind Leistungen, die sie alltäglich

empfangen, das sind Vorgaben des Gesetzgebers und der Rechtsprechung - zu erreichen. Standardabbau geht nicht, wenn man nicht bereit ist, Leistungen für die Bürger abzubauen, abzuschaffen oder einzuschränken.  
Nur Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen gepaart mit gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen helfen uns weiter!  
Lassen Sie mich zum Schluss - trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und verschiedener Standpunkte in einigen wenigen Themen - allen, die zum Gelingen des Haushaltsplans 2007 beigetragen haben, herzlich danken:

- den Herren Beigeordneten Heller - nun Lenz -, Schneider und Strub,
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders den Abteilungsleitern und der Gleichstellungsbeauftragten,
- den Damen und Herren von CDU, SPD, FWG, FDP sowie Grünen im Gemeinderat und in den Fachausschüssen, die diesen Plan vorberaten und zur heutigen Beschlussfassung empfohlen haben.

Mit meinem Dank darf ich Sie gleichzeitig bitten, dem vorliegenden Finanzplan, Investitionsprogramm und Haushaltsplan für das Jahr 2007 zuzustimmen.

Dies war meine letzte Rede zu einem Haushalt.

### **Gemeinsame Haushaltsrede von CDU und FDP**

#### **vorgetragen von Jochim Greiff (CDU):**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig,  
verehrte Beigeordneten Herr Lenz, Herr Schneider und Herr Strub,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
meine Damen und Herren!

CDU und FDP nehmen in diesem Jahr gemeinsam zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2007 Stellung. Hierbei greifen wir zuerst die katastrophale Verkehrssituation und dann die anhaltende Geruchsbelästigung auf.

#### **Verkehrssituation**

Wir haben uns bereits in der letzten Haushaltsrede ausführlich mit diesem Thema beschäftigt. Leider hat sich kaum etwas bewegt

- die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Oggersheimer Straße vor dem Altenwohnheim wurde eingeführt
- das abhanden gekommene 70 km/h Schild in der Waldstraße wurde hinter dem Kreisel an der L 524 wieder aufgestellt.

Das war's dann aber auch schon.

- Die geforderte Sperrfläche mit absolutem Halteverbot im Einfahrbereich Oggersheimer/ Ruchheimer Straße
- die Umsetzung der Aktion „Sicherer Schulweg“ von der lokalen Agenda 21 – jährlich 5 Verbesserungen waren versprochen worden
- die Verbesserung am Übergang für Fußgänger und Radfahrer bei der „Rheinperle“
- das LKW-Durchfahrtsverbot durch Mutterstadt
- die Verkehrsberuhigung am Medardusring
- der Radweg nach Limburgerhof

... man könnte noch Vieles aufzählen – alles Punkte, die schon seit Jahren anstehen, aber immer noch brachliegen, ohne dass auch nur ansatzweise etwas Erkennbares geschehen wäre. Dabei gehört bei den meisten der genannten Punkte nur etwas guter Wille dazu. Auf folgende Punkte möchten wir näher eingehen:

#### **Anschluss L524 an die B9**

Der Anschluss der L524 an die B9 ist im Doppelhaushalt 2007/2008 des Landes vorgesehen. Damit ist endlich ein erster Schritt für die Verkehrsentlastung des Ortes, besonders im Hinblick auf den Schwerlastverkehr, getan. In diesem Zusammenhang ist an die Einbeziehung des Südspangengrabens für diesen Streckenabschnitt zu erinnern. Wir bitten in dieser Angelegenheit beizeiten und permanent nachzuhaken, bevor die hierfür vorgesehenen Mittel anderweitig verplant werden. Wir wissen alle um das hohe Verschuldungsniveau von Rheinland-Pfalz.

#### **Südspange**

Der Ausweis weiterer Gelder für die Südspange im laufenden Jahr und deren Berücksichtigung im Investitionsprogramm der nächsten Jahre zeigt, dass uns die Thematik des hohen Grundwassers noch präsent ist. Auch wenn die Brisanz dieses Themas in der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit ein wenig abgenommen hat.

#### **LKW-Durchfahrtsverbot**

Das Problem von Maut-Flüchtlingen über die B9 zum Pfalzmarkt wird ggf. auch nach Anschluss des Marktes an die A61 bestehen bleiben, solange die B9 mautfrei bleibt. Die Wiedereinrichtung des LKW-Durchfahrtsverbotes für LKW ab 7,5 t ist daher für Mutterstadt weiterhin ein Thema.

#### **Radweg Limburgerhof**

Der Radweg nach Limburgerhof zur S-Bahnstation, wie auch zur Haupt- und Realschule wurde noch immer nicht verwirklicht - noch nicht einmal begonnen.

Die CDU hatte in ihrer letzten Haushaltsrede, unter bestimmten Umständen, die Zustimmung zu einer Vorfinanzierung zum Wohle der Verkehrssicherheit gegeben. Leider hat die Verwaltung dies bis heute nicht aufgegriffen.

#### **Medardusring**

Hier könnten mit wenigen Mitteln eine Beruhigung des Verkehrsflusses erreicht werden. Durch Ausweisung eines Radweges auf dem Parkstreifen und durch Baumscheiben in der Fahrbahn mit dazwischen liegenden Parkmöglichkeiten wären nur die Kosten für die Baumscheiben und für die Umarbeiten im Anschlussbereich des Radweges verbunden. Die Radweglücke wäre dann dort geschlossen, die durchgängige Baumallee sorgte für eine angenehme Ortsansicht und bände zudem Feinstaub.

#### **Was aber ist geschehen?**

Das letztlich auf Druck und Beschluss des gesamten Gemeinderates zustande gekommene Provisorium zur Verkehrsberuhigung wurde in einer völlig unverständlichen, weil wirkungslosen Anordnung errichtet. Unser Beschluss wurde konterkariert. Die Maßnahme hat keine bessere Wirkung als vor Ort geparkte Autos. Das Provisorium nutzt so gut wie gar nichts. Hier ist kein Wille zur echten Problemlösung zu erkennen.

#### **Westumfahrung durch landwirtschaftlichen Verkehr**

Es war vorauszusehen, dass der Medardusring für den landwirtschaftlichen Verkehr als schnelle Umgehung der Feldwege zum Pfalzmarkt missbraucht wird. Man war vorgewarnt durch entsprechende Analysen der „Lokalen Agenda 21“. Erst vor ca. 1 Jahr, nach langem Drängen der CDU, war endlich eine brauchbare Lösung gefunden worden. Nachdem der letzte zu klärende Punkt, Anschluss an die L530 mit Gemüsemarkt Renner, gelöst werden konnte, steht dem Ausbau nichts mehr im Wege und die entsprechenden Gelder sind im Investitionsprogramm 2007-2009 ausgewiesen.

Alles in allem: eine engagierte, konstruktive und vorausschauende Politik im Sinne Ihrer Bürger sieht anders aus, Herr Bürgermeister. Kreisel

Die Kreisel an den Ortseingängen unserer Gemeinde sind zugewucherte Grünflächen – als Aushängeschild der Gemeinde geradezu ein Armutszeugnis. Wir kennen keine Gemeindeverwaltung, die ein ähnlich geringes Interesse an der Darstellung ihrer Gemeinde hat. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben!

Die CDU-Fraktion wird ihre Vorschläge in Form eines Antrags an die Verwaltung richten.

## Geruchsbelästigung

Wir alle wissen die Vorteile zu schätzen, dass wir unseren Baum- und Rasenschnitt problemlos bei der Kompostieranlage Zeller entsorgen können. Dennoch ist es ein berechtigtes Interesse, im Wohnort Mutterstadt vom durchdringenden Geruch der Kompostieranlage verschont zu bleiben. Dies umso mehr, als dieser Geruch nicht beim Verrotten unserer Gartenabfälle entsteht, sondern aus Biomüll resultiert, der aus dem ganzen Landkreis und aus Speyer hier zusammenkommt.

Die „Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung in Mutterstadt e.V.“ hat sich bislang verständnisvoll für die betriebswirtschaftlichen Zwänge/Belange der Fa. Zeller gezeigt. Sie hat in konstruktiver Weise an Lösungsmöglichkeiten mitgearbeitet. Nachdem sich nun auch der Landkreis und die GML als Auftraggeber in die Pflicht genommen sehen, scheint sich eine Lösung anzubahnen. Die Fa. Zeller hat ein Verfahren zur Genehmigung eingereicht, nach dem der Biomüll in einem vollkommen eingehausten System in flüssige und feste Stoffe getrennt werden soll. Die Feststoffe werden von der GML übernommen, die flüssige Phase im geschlossenen System zur Stromerzeugung vergärt.

Angesichts des bisher verständlichen Unmuts in der Bevölkerung strebt die Fa. Zeller von sich aus ein Genehmigungsverfahren unter Öffentlichkeitsbeteiligung an. Das wäre bei dieser Anlagengröße nicht erforderlich. Die CDU und die FDP gehen davon aus, dass in dem damit verbundenen Anhörungsverfahren auch Bürgerinitiative und Öffentlichkeit Gelegenheit haben werden, ihre Besorgnisse zur Sprache zu bringen, und dass eine für alle Beteiligten tragbare Lösung gefunden wird.

Die Geruchssituation in Mutterstadt muss sich dringend verbessern!

Kommen wir nun zur finanziellen Situation der Gemeinde:

Der Verwaltungshaushalt ist ausgeglichen.

## Verschuldung

Für das Haushaltsjahr 2007 ist keine erneute Kreditaufnahme vorgesehen. Diese Tatsache für sich genommen, ist in der heutigen Zeit schon eine Sensation.

## Grundvermögen

Aus Grundstückserlösen im Neubaugebiet „Alter Damm“ hoffen wir im Jahr 2007 Einnahmen von 450.000,00 € zu erzielen. Weitere 900.000,00 € beabsichtigt die Verwaltung durch den Verkauf von innerörtlichen Flächen an der Oggersheimer Straße einzunehmen.

## Fazit:

Investitionen können in vollem Umfang auch weiterhin nur dann realisiert werden, wenn auch entsprechende Einnahmen aus Grundstückserlösen vorhanden sind. Beispiel hierfür ist die Erneuerung des Kunstrasenplatzes im Sportpark, der mit 342.000,00 € veranschlagt ist.

Folgende Themen waren ebenfalls Gegenstand unserer diesjährigen Haushaltsberatung:

## Verwaltungsreform

Die Reform der inneren Strukturen der Verwaltung der Gemeinde Mutterstadt ist eine nicht unerhebliche Herausforderung, welche in den nächsten Jahren zwingend anzugehen ist.

Das Ziel muss hierbei sein,

- die Organisationsstrukturen der Gemeindeverwaltung zu verbessern,
- die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu erhöhen und
- hierbei die Entwicklung und Nutzung moderner Informationssysteme voranzutreiben.

CDU und FDP erhoffen sich davon eine höhere Motivation bei den Mitarbeitern, was wiederum positive Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung als Dienstleister gegenüber dem Bürger hat.

Die Wege, um diese Ziele dauerhaft zu erreichen sind

- die Nutzung der Möglichkeiten der EDV zu verstärken und
- insbesondere die Organisationsstrukturen so zu verändern, dass dem Bürger nach außen ein umfassender Service in Form eines Bürgerbüros bzw. der erweiterten Möglichkeiten des sog. „e-Government“ geboten werden kann.

Hinsichtlich des Zieles einer höheren Motivation der vorhandenen und qualifizierten Mitarbeiter wird die Verwaltungsspitze gehalten sein,

- ein Leitbild der Aufgabenerfüllung für die Mitarbeiter der Verwaltung zu erstellen,
- die Führung der Mitarbeiter zu intensivieren und
- diese im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen in der täglichen Arbeit konsequent fortzubilden.

Eine höhere Motivation der Mitarbeiter mit dem Ergebnis einer leistungs- und dienstleistungsorientierteren Verwaltung hin zum Bürger wird letztendlich auch die Verbesserung der Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung sowie die konsequente Durchführung eines Systems von Leistungsanreizen notwendig machen.

CDU und FDP bitten die Verwaltung, dass sie möglichst bald dem Rat ein Personalentwicklungsplan vorlegt.

## Fazit:

Unsere Verwaltung muss künftig stärker den Dienstleistungscharakter ihres täglichen Handelns gegenüber dem Bürger in den Vordergrund stellen und sich auch tatsächlich als „Diener des Bürgers“ verstehen.

## Schulen – Investitionen in die Zukunft

Unsere Grundschulen sind finanziell so ausgestattet, dass sie ihrem Auftrag weitgehend gerecht werden können. An beiden Schulen gibt es viele pädagogische und andere Initiativen.

Erfreulich ist, dass die Verwaltung der Pestalozzischule inzwischen in die früheren Hausmeisterräume umziehen konnte. Das hat Luft geschaffen!

Wirklich bewundernswert sind die Elterninitiativen beider Schulen bei der Umgestaltung der Schulhöfe.

Es sind aber oft die Sandkörner, die im Getriebe/Betriebe ein Knirschen verursachen. Fast gebetsmühlenartig wiederholen beide Grundschulen seit vielen Jahren, dass sie mit Sekretärinnen- und Hausmeisterstunden unterversorgt sind und dass die Vertretungen von Hausmeister und Sekretärin im Krankheitsfalle oder bei Urlaub nicht klappen. In diesen Fragen erwarten CDU u. FDP ein offenes Zugehen der Verwaltung auf die Schulen.

Seit Jahren fordert die Pestalozzischule mehr Internetanschlüsse. Es will nicht in den Kopf, dass dies nicht möglich sein sollte. So groß kann der Aufwand doch nicht sein!

Die CDU u. die FDP sind auch der Meinung, dass abblättrender Putz in den Schulen durch den Bauhof ohne großen Aufwand saniert werden oder verschmutzte Wände einen neuen Anstrich bekommen können.

## Palatinum

Dem Palatinum mit all seinen Angeboten und Problemen gilt auch weiterhin unser kritisches Augenmerk. Wir erwarten nach der geänderten Organisationsstruktur vom Werkleiter, Herrn Hammer, eine Fortführung des eingeleiteten Sparkurses.

Notwendige bauliche Maßnahmen wie der Einbau einer Toilettenanlage im Erdgeschoss, eine Beschattung auf der Terrasse sowie die Erneuerung des Terrassenbelages tragen wir insgesamt mit. Auch wenn wir uns einen anderen Belag als Holz gewünscht hätten.

Die Bemühungen müssen so intensiviert werden, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt werden kann.

Die personelle Ausstattung mit einer Vollzeitkraft und einer Teilzeitkraft ist nach unserer Ansicht nicht ausreichend.

## Bibliothek

Die Anzahl der Nutzer ist wegen der Einführung einer Gebühr zwar zurückgegangen, dass war zu erwarten, die Ausleihungen blieben aber auf hohem Niveau. Die jüngste Jahresstatistik zeigt hierzu weiterhin eine steigende Tendenz.

Die Leitung bemüht sich ständig um Aktualität der verschiedenen Medien und sorgt mit Sonderaktionen für Jung und Alt für hohe Publizität in der Gemeinde.

Frau Bauer und Ihrem Team gilt unser Dank für großes Engagement und immer neue Ideen, besonders für unsere kleinen Nutzer. Die Bibliothek bleibt für uns ein wichtiges Kulturgut.

Feuerwehr

Um den Anforderungen einer modernen und leistungsfähigen Feuerwehr zu entsprechen sind für die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges insgesamt 345.000,00 €, verteilt auf die Jahre 2007/2008, eingestellt.

CDU und FDP möchten sich bei allen aktiven Mitgliedern unserer Wehr für ihren vorbildhaften und dem Gemeinwohl dienenden Einsatz recht herzlich bedanken.

Senioren

Die Seniorentagesstätte in der Jahnstraße ist die einzige gemeindliche Einrichtung, welche im Ehrenamt geführt wird. Das spart der Gemeinde Personalkosten. Auch in diesem Jahr gilt besonders Herr Werner und Frau Hottenträger mit ihren Teams unsere Anerkennung.

Wünschenswert wäre, dass diese großartige Einrichtung von mehr jungen Senioren genutzt würde.

Jugendvertretung/ Jugendgemeinderat

Der derzeitigen Jugendvertretung dürfen wir ein großes Lob aussprechen für ihre Aktivitäten. Obwohl die Arbeit auf wenige Personen beschränkt ist, sind ihre Angebote hervorragend geplant und durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Beigeordneten und der Verwaltung war vorbildlich. CDU u. FDP ermuntern die Jugendvertretung zu weiteren Ideen und Taten.

Jugendtreff

Der Jugendtreff ist und bleibt aus Sicht der CDU u. FDP ein Sorgenkind in der Gemeinde.

Mit der geleisteten Arbeit sind wir überhaupt nicht zufrieden!

2007 werden die Ausgaben bei rund 170.000,00 € liegen, demgegenüber stehen Einnahmen von 10.000,00 €. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Jugendarbeit immer ein Zuschussbetrieb sein wird und wir grundsätzlich den Jugendtreff erhalten wollen, ist dies in höchstem Maße unerfreulich.

Die Leitung des Jugendtreffs kann nicht von der Politik bzw. von uns Politikern weitere Konzepte fordern, sondern wir erwarten, dass diese vom ausgebildeten Personal selbst erarbeitet werden.

Boccia-Bahn

Unter dem Motto „Spielplätze für Jung und Alt“ haben wir die Errichtung eines Mehrgenerationenplatzes am Palatinum durch eine Boccia-Bahn gefordert. Dieser Punkt wurde am 22.11.2005 erst zurückgestellt, dann in Aussicht gestellt, mit Beschluss vom 14.03.2006 auch vorgesehen. Die Gelder sollten im Nachtragshaushalt 2006 schon bereit gestellt werden.

Dass dieses Projekt jetzt nicht einmal im Haushalt 2007 vorgesehen ist, erachten wir als unangemessen und kurzsichtig.

Lokale Agenda 21

Im November des letzten Jahres hat die lokale Agenda 21 von Mutterstadt gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung und mit Mitgliedern des Gemeinderates die erste Fortschreibung der Indikatoren für ein „nachhaltiges Mutterstadt“ fertig gestellt. Wir gratulieren Frau Dr. Dittrich-Krämer und Herrn Feldmeth von der Agenda 21 und allen anderen daran Beteiligten zu dieser Arbeit.

Die Fortschreibung zeigt in vorbildlicher Weise, was in den vergangenen Jahren in Mutterstadt geleistet wurde, wo wir stehen und wo noch etwas für eine lebenswerte Zukunft in unserer Gemeinde zu tun ist. Beeindruckend sind insbesondere die abnehmenden Energieverbräuche in den kommunalen Einrichtungen über die vergangenen Jahre. Dafür gebührt unserer Gemeindeverwaltung unsere Anerkennung. Auch wenn damit ein Großteil des Einsparpotenzials ausgeschöpft sein mag, sollte diese erfreuliche Entwicklung Ansporn für die Konzentration auf andere Parameter sein. Die CDU wünscht sich, dass die Arbeit der lokalen Agenda 21 in der Bevölkerung das Bewusstsein für die umweltbezogenen Auswirkungen des eigenen Handelns schärft.

Partnerschaft mit Praszka und Oignies

Die Bemühungen unseres Partnerschaftsvereins, die freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Partnerschaftsgemeinden Praszka und Oignies weiter zu entwickeln und auszubauen, sind bewundernswert. Insbesondere ihr Vorsitzender, Herr Kuch, ist nimmermüde, die Kontakte nach Polen und Frankreich aufrecht zu erhalten. Es war erfreulich, dass auch auf dem Mutterstadter Weihnachtsmarkt 2006 an jeweils einem Wochenende Vertreter unserer Partnergemeinden wieder mit typischen Erzeugnissen ihrer Heimat vertreten waren. Wir wünschen den Engagements aller, die sich hier mit ihrer Überzeugung und ihrer Zeit einbringen, guten Erfolg.

Herr Bürgermeister, in der Haushaltsrede des letzten Jahres haben wir Kritik geübt, dass Sie keinen persönlichen Beitrag leisten, die Beziehungen zu unseren Partnergemeinden zu fördern. Wir haben Sie gefragt, wie es auf unsere Partnergemeinde Oignies in Frankreich wohl wirkt, dass der Bürgermeister der deutschen Partnergemeinde, also Sie, es noch nicht für nötig gehalten hat, Oignies zu besuchen. Unsere Befürchtungen haben sich mehr als bestätigt. Wie aus der Presse zu erfahren war, besteht inzwischen zwischen dem Verein, der Mutterstadter Verwaltung und der Verwaltung unserer Partnergemeinde Oignies absolute Funkstille. Wundert das jemanden?

Auch Praszka hat unser Bürgermeister nur ein einziges Mal besucht, nämlich bei der Unterzeichnung der offiziellen Partnerschaftsurkunde. Das ist einfach zu wenig. Dieses Desinteresse an unseren Partnerschaften muss die Aktiven des Partnerschaftsvereins frustrieren, und die CDU/ FDP befürchten, dass die gegenseitigen Bemühungen in unseren Partnergemeinden erlahmen oder vielleicht zum Erliegen kommen. Das wäre sehr schade. Wir dürfen nicht erwarten, dass Sie, Herr Ledig, in den wenigen Monaten Ihrer Amtszeit das Versäumte nachholen. So bleibt nur die Hoffnung auf eine bessere Einstellung Ihres Nachfolgers zur Wichtigkeit unserer partnerschaftlichen Beziehungen.

Für die gute Zusammenarbeit im Rat möchten wir uns auch in diesem Jahr bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erstellung des vorgelegten Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, insbesondere Herrn Hammer, gilt unser herzlicher Dank.

Die CDU- und die FDP-Fraktion stimmen der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2007 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Haushaltsrede von Klaus Leicht (SPD):**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Kolleginnen und Kollegen

Allgemeine Situation

Der Haushalt unserer Gemeinde ist auch in diesem Jahr ausgeglichen! Das ist für uns die entscheidende und wichtigste Erkenntnis aus dem 220 Seiten umfassenden Zahlenwerk; es lässt uns auch gleichzeitig mit vorsichtigem Optimismus in die nächsten Jahre gehen.

Bei der Analyse stellen wir auf der Basis der zurückliegenden Ergebnisse eine solide und realistische Kalkulation auch für das laufende Haushaltsjahr fest, die keineswegs auf spekulativen und damit zweifelhaften Grundlagen beruhen.

Die Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen sind gegenüber den Vorjahren kontinuierlich fortgeschrieben. Leider schlägt sich hier der allgemeine Trend einer spürbaren Erhöhung der Gewerbesteuer für unsere Gemeinde nicht nieder. Warten wir ab, wie sich das laufende Jahr entwickelt! Man sollte allerdings wissen, dass diese Gelder nur 1/6 dieses größten Einnahmeblocks ausmachen.

In diesem Zusammenhang wollen wir positiv anmerken, dass das Land auch im Jahr 2007 die Kommunen durch den sog.

Stabilisierungsfonds mit erheblichen Mitteln unterstützt. So erhalten wir aus den allgemeinen Zuweisungen - landesweit beachtliche 864 Mill. € - immerhin 784.000,00€, die wesentlich mit zum Ausgleich unseres Haushaltes beitragen.

## Vermögenslage, Verschuldung

Schon jetzt möchte ich mit konkreten Zahlen auf die Vermögenslage und auch auf die Verschuldung unserer Gemeinde eingehen und damit verschiedenen unbedarften, ja unqualifizierten Äußerungen außerhalb der verantwortlichen Gremien entgegentreten:

Neben unserem erheblichen Grundvermögen, mit dem wir allerdings in der heutigen Zeit gewisse Probleme bei der Veräußerung haben, liegen an Geldanlagen immerhin rund 7,5 Mill. € "auf der hohen Kante". Demgegenüber hat sich die Gemeinde „nur“ mit 3,6 Mill. € verschuldet. Die Kredite für die ausgelagerten Eigenbetriebe „Palatinum“ und „Abwasserbeseitigung“ eingerechnet belaufen sich die Verpflichtungen allerdings auf 7,4 Mill. €

Fazit: Der gesamte Schuldenstand ist damit allein durch das vorhandene Geldvermögen abgedeckt.

Ausweislich des Haushaltsplanes ergibt sich ein weiteres durchaus positives Bild: Wir erhalten für unsere angelegten Gelder immerhin 276.000,00 € Zinsen, müssen andererseits für die eigenen Darlehen 126.000,00 € aufwenden! Dies ergibt somit einen positiven Saldo von 150.000,00 €

## Soziale/kulturelle Einrichtungen

Lassen sie mich jetzt aus den Einzelplänen des Haushaltes schwerpunktmäßig zu weiteren durchaus positiven Aussagen kommen; einige kritische Anmerkungen sind jedoch angebracht. Interessant dabei ist allerdings, dass sich seit den letztjährigen Haushaltsreden viele angesprochenen Probleme nach wie vor nicht gelöst, sich jedoch die notwendigen Planungen fortentwickelt bzw. konkretisiert haben. Hier nenne ich u.a. den dringend geforderten Radweg entlang der L533 nach Limburgerhof und, was das Grundwasser betrifft, die projektierte Südspange entlang der dann verlängerten L524 und der B9. Hier werden wir uns leider noch eine gewisse Zeit in Geduld üben müssen.

Wir haben in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten für unsere Bürger eine vorbildliche Infrastruktur geschaffen, die natürlich mit erheblichen Folge- (Unterhaltungs-)Kosten verbunden ist. Das war uns bei der jeweiligen Investition immer bewusst.

Die Gemeindebibliothek findet auch über die Grenzen von Mutterstadt durch ihr vielseitiges Angebot gerade auch bei den Jugendlichen große Akzeptanz. Die Seniorentagesstätte und das Haus der Vereine, bis auf die laufende Unterhaltung weitgehend den Benutzern eigenverantwortlich überlassen, findet allseits Anerkennung. Hervorzuheben dabei sind die vielfältigen Aktivitäten und das soziale Engagement unserer Senioren, alles wohlgeartet auf ehrenamtlicher Basis. Zudem stehen Palatinum, Walderholung und Neue Pforte unseren Vereinen zur Verfügung; die festgelegte Miete kann und soll dabei nicht kostendeckend sein.

## Sportförderung

Auch die Sportvereine fördern wir in erheblichem Umfang:

Die Unterhaltung des Sportparks kostet die Gemeinde immerhin jährlich 135.000,00 €. Für den weiteren Sportbetrieb stehen im Ort fünf Hallen (!) zur Verfügung, für die weitere 212.000,00 € an Ausgaben entstehen. Wir wollen dies den Sportvereinen keineswegs vorhalten. Aber ein Ärgernis für uns ist es mitunter schon, wenn Jahr für Jahr bei der Vergabe/Einteilung der Belegungszeiten eine gewisse Unzufriedenheit bei den Vereinen entsteht.

Denn: Welche andere Gemeinde kann sich schon eine solch optimale Ausstattung von Sportstätten erlauben!

Ein gewaltiger „finanzieller Brocken“ ist zudem die Belagserneuerung des Kunstrasens im Sportpark. Dafür sind im Vermögenshaushalt 342.000,00 € eingestellt. Ob diese Maßnahme im laufenden Jahr realisiert werden kann hängt entscheidend davon ab, ob die geplanten Verkäufe von weiteren Grundstücken realisiert werden kann. Der Sportbetrieb (Fußball) wird darunter nicht leiden müssen. Schließlich steht noch ein weiterer - normaler - Rasenplatz zur Verfügung, der auch nach Meinung der FG 08 stärker als bisher benutzt werden kann/soll.

## Palatinum

„Was lange währt wird endlich gut.“ Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl zurück, wenn sich der Rat nach jahrelanger Diskussion zu der Entscheidung durchgerungen hat, den von Anfang an mangelhaften Belag der Holzterrasse in diesem, spätestens im nächsten Jahr total zu erneuern. Mit großem Unmut haben wir leider nüchtern erkennen müssen, dass Haftungsansprüche - in letzter Konsequenz auch gerichtlich - nicht mit dem gewünschten Erfolg durchzusetzen sind.

Mit der vollzogenen personellen Neukonzeption versprechen wir uns eine betriebswirtschaftliche Verbesserung der Einrichtung.

Ergänzende bauliche und organisatorische Veränderungen werden weiter für eine größere Akzeptanz beitragen.

Die erheblichen (Folge-)Unterhaltungskosten waren uns von Anfang an bewusst. Eine solche kulturelle Einrichtung kann sich nie selbst tragen.

Bei diesen Kosten sollten wir uns allerdings auf eine korrekte/andere Sprachregelung verständigen, nachdem in der Öffentlichkeit immer wieder davon gesprochen wird, das Palatinum koste die Gemeinde jährlich rund 850.000,00 €. Darin enthalten sind jedoch der - rein fiktive - Betrag von rund 350.000,00 € an Abschreibung und natürlich auch der Zins- und Tilgungsdienst für das aufgenommene Darlehen. Die reinen Unterhaltungskosten bewegen sich demnach bei durchschnittlich rund 100.000,00 € im Jahr, also nicht mehr als bei anderen Einrichtungen wie z.B. der Sportpark, die Bibliothek oder der Jugendtreff.

## Jugendtreff

Seit Jahren verfolgt der gesamte Rat kritisch die Aktivitäten des Jugendtreffs, den wir immerhin mit einem jährlichen Kostenaufwand von über 100.000,00 € unterhalten. In der zurückliegenden Diskussion war diese sicher sinnvolle Einrichtung grundsätzlich nicht in Frage gestellt, aber eine neue bzw. veränderte Konzeption gefordert. Wir sind in dieser Frage nicht wesentlich weitergekommen, wengleich lobend erwähnt werden soll, dass die Mitarbeiter seit kurzer Zeit die pädagogische Leitung für die Ortsranderholung der AWO übernommen haben. Wir sehen hier die Verwaltung mit dem zuständigen Beigeordneten in der Pflicht, künftig die Arbeit dieser Einrichtung stärker als bisher zu begleiten. Die jährlich vorgelegten Tätigkeitsberichte können uns so nicht mehr überzeugen.

## Verkehrsprobleme

Zwei wesentliche Probleme beschäftigen uns nach wie vor, auch durch einen nachhaltigen und berechtigten Druck aus der Bevölkerung:

Zum einen sind dies die sich immer mehr verschärfenden Verkehrsprobleme in unserem Ort. Der Kollege Greif ist in seiner Haushaltsrede im Vorjahr sehr eingehend auf die einzelnen Punkte eingegangen, die auch von uns kritisch so gesehen werden.

Wir sollten allerdings realistisch erkennen, dass eine wirksame Entlastung - insbesondere des unerträglichen LKW-Verkehrs durch unseren Ort - erst nach Realisierung von drei großen Maßnahmen bringt:

- die Anbindung der L524 an die B9
- die Anbindung des Pfalzmarktes an die A61
- der Ausbau einer Feldwegführung von der Ruchheimer Straße zum Pfalzmarkt

Hier werden wir wohl noch eine gewisse Zeit und Geduld aufbringen müssen, weil die überörtlichen Planungen - und letztlich auch die Finanzierung - sich erst in der Anfangsphase befinden.

Umso dringender ist es deshalb, sozusagen intern nach Übergangslösungen zu suchen, die die Probleme zumindest abschwächen.

Hier müssen wir leider den Bürgermeister kritisieren und noch mit stärkerem Nachdruck als bisher in die Pflicht nehmen. Sie Herr Bürgermeister und ihr Nachfolger müssen/sollten - anders als bisher

- die berechtigten Beschwerden von Anliegern ernst nehmen;
- die konstruktiven Vorschläge aus der Mitte des Rates oder vom Gremium für Verkehrsfragen zügiger aufgreifen und schneller umsetzen;
- sich nicht hinter Paragraphen, eigener oder überörtlicher Zuständigkeiten verschanzen.



Haben sie den Mut, die eine oder andere sinnvolle Einzelmaßnahme, die oft keinen großen finanziellen Aufwand verursacht, auch gegen die Bedenken von schwerfälligen Behörden zu vollziehen. Sie haben dafür die Rückendeckung wohl des gesamten Rates und finden Anerkennung und Respekt in der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang sehen wir ein anderes Problem: Unsere innerörtlichen Straßen sind teilweise in einem schlechten Zustand. Beispielhaft nenne ich die Hartmannstraße oder die Neustadter Straße, deren Randbereiche mit Schlaglöchern übersät ist und für Radfahrer eine Gefahrenquelle darstellt.

Wir sollten darauf achten, dass hier kein Investitionsstau eintritt, der uns in einigen Jahren einholt. Zumindest sollen, wie in diesem Jahr geschehen, die Einnahmen aus „wiederkehrenden Ausbaubeiträgen“ dafür in voller Höhe verwendet werden.

**Geruchsbelästigung**

Ein weiterer „Dauerbrenner“ ist die anhaltende Geruchsbelästigung in unserem Ort. Wohl der gesamte Rat muss aus der Vergangenheit den Eindruck gewinnen, dass die übergeordneten Behörden - hier SGD Süd und Kreisverwaltung - dieses Problem bewusst herunterspielen und die Verwaltung selbst nicht mit dem notwendigen Druck agiert.

Wir unterstützen und begleiten hier vorbehaltlos das kompetente und kritische Engagement der Bürgerinitiative, das sich trotz aller Emotionen auf einer sachlichen Ebene bewegt.

Zudem: Das eine Problem ist noch nicht gelöst, könnte ein weiteres - noch größeres - hinzukommen. Ist es schon mehr als ein Gerücht, dass die Firma Zeller auf ihrem Gelände eine Bio-Gasanlage plant? Die Erkenntnisse und Beschwerden aus anderen Landesteilen in Rheinland-Pfalz sind hier erschreckend und alarmierend. Die dort angelieferten - und genehmigten - Materialien lesen sich wie ein einziger Horrorkatalog. Wehret den Anfängen! Denn: Aus den zurückliegenden negativen Erfahrungen und den jetzt aktuellen Feststellungen des zuständigen Ausschusses über eigenmächtige und nicht genehmigte Nutzungsänderungen insbesondere außerhalb des Betriebsgeländes hat die Firma Zeller bei uns jegliches Vertrauen verspielt. Wir werden hier die weitere Entwicklung sehr genau und kritisch verfolgen!

**Grünanlagen**

Zur Infrastruktur in unserer Gemeinde will ich einen anderen Punkt ansprechen: Der bekannte Slogan „Unser Dorf soll schöner werden“ wird seit Jahren in anderen Gemeinden vorbildlich umgesetzt. Das können wir für Mutterstadt leider nicht sagen. Unsere Grünanlagen sind zum Teil in einem ungepflegten, ja verwilderten Zustand, was zeitweise insbesondere bei den Kreiseln an den Ortseingängen festzustellen ist.

Die Gemeinde unterhält zweifellos neben den Friedhöfen, dem Sportpark und den Kinderspielplätzen eine befriedigende Anzahl von Grünanlagen, deren Pflege natürlich einen gewissen personellen und sachlichen Aufwand erfordert. Das ist wohl mit dem vorhandenen Personal nicht mehr in dem notwendigen Umfang zu bewältigen.

Wir wollen hier einen - sicher nicht neuen - Gedanken einbringen. Über die Hälfte unserer Anlagen liegen flächenmäßig zum Teil weit unter 100 qm. Warum sollte es nicht gelingen, die Bevölkerung zu gewinnen, sogenannte Patenschaften für Kleinparzellen in unmittelbarer Nähe der eigenen Wohnung zu gewinnen? Ein entsprechender Aufruf der Verwaltung an unsere Bürger sollte zumindest ein Versuch wert sein.

**Dank und Anerkennung**

Dass sich außerhalb der offiziellen Organe unsere Bürger aktiv am Geschehen in unserer Gemeinde beteiligen und engagieren, wird nämlich an anderen Beispielen deutlich:

- Wie bereits erwähnt verfolgt die Bürgerinitiative „Geruchsbelästigung“ sehr kritisch die weitere Entwicklung der Kompostieranlage.
- Der Partnerschaftsverein leistet nach wie vor Pionierarbeit für unsere Partnerschaften in Praszka/Polen und Oignies/Frankreich
- Die Lokale Agenda 21 hat mit den „Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt“ eine breite Diskussionsgrundlage geschaffen, die sie am Ende des letzten Jahres aktuell fortgeschrieben hat.

Mit dem Dank für dieses Engagement verbinden wir die Zusage, diese Initiativen auch weiter zu unterstützen und zu begleiten.

Wir wollen abschließend weiterhin Dank sagen für die geleistete Arbeit

- dem Bürgermeister, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren;
- den drei Beigeordneten; namentlich Herrn Heller wünschen wir auch heute nochmals für seinen ehrenamtlichen Ruhestand alles Gute;
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung;
- letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD stimmt den vorgelegten Plänen zu!

## **Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG)**

### **vorgetragen von Herbert Magin:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig, werte Beigeordnete und Ratsmitglieder, meine Damen und Herren,

der voraussichtlich letzte Haushalt in kameralistischer Form ist übersichtlich und verständlich.

Er wurde von Herrn Hammer mit großer Sorgfalt erstellt, wofür ihm unser Dank gebührt.

Nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr 2006, werde ich den vorliegenden Haushaltsplan kommentieren und einen Ausblick auf die Entwicklung unserer Gemeinde geben.

**Finanzielle Gesamtsituation**

Der Nachtragshaushalt 2006 korrigierte die Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres. Hierbei zeigte sich, dass der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung unsere Gemeinde noch nicht erreicht hat. So mussten doch die Gewerbesteuererinnahmen um fast eine halbe Million Euro zurückgenommen werden. Dadurch geriet der Verwaltungshaushalt ins Defizit und geplante Investitionen konnten nicht durchgeführt werden.

**Verwaltungshaushalt 2007**

Der vorliegende Verwaltungshaushalt 2007, der die laufenden Ausgaben und Einnahmen unserer Gemeinde in der Summe mit 13,3 Mio. € gegenüberstellt, ist knapp ausgeglichen. Die freie Finanzspitze ist mit 51.000,00 € sehr gering. Hauptkostenstellen sind neben den Personal- und Sachkosten der Verwaltung Ausgaben für die soziale Sicherheit und die öffentlichen Einrichtungen.

**Vermögenshaushalt 2007**

Im Vermögenshaushalt sind Erlöse aus Grundstücksverkäufen von 1,35 Mio. € eingeplant. Das sind 75% seines Gesamtumfangs von knapp 1,8 Mio. €. Diese Einnahmen aus Immobilien bilden somit eine unsichere Finanzierungsgrundlage für die notwendigen Investitionen. Ich bin dennoch zuversichtlich, dass die Bebauung des Neubaugebietes „Am Alten Damm“ vorangeht und unserer Gemeinde finanzielle Vorteile bringt.

Bau- und Wohnungswesen  
Ortskerngestaltung

Unser historisches Rathaus ist der Mittelpunkt unseres Ortes. In unmittelbarer Nachbarschaft steht ein weiteres ortsbildprägendes Gebäude, das Haus der Familie Defren. Dieses Haus steht zum Verkauf und muss von der Gemeinde erworben werden, um eine ungewollte Nutzung zu verhindern. Die Vermietung an den Weltladen und eine weitere Firma bringen zudem Erträge.

Der Beschluss, das Emmerich-Haus in die weiteren Planungen in diesem Bereich einzubinden und nicht an den türkisch-islamischen Verein zu verkaufen, lässt alle Optionen für die Ortsentwicklung offen.

Palatinum

Nach langen Beratungen in den Ausschüssen wurden nun endlich die notwendigen Beschlüsse zum Umbau im Restaurantbereich, sowie für die Erneuerung der maroden Holzterrasse gefasst.

Bei der personellen Ausstattung unserer Bauverwaltung muss es möglich sein, diese Maßnahmen durch Planung und Bauleitung in eigener Regie durchzuführen.

Neuer Friedhof

Die Erweiterung des neuen Friedhofes wird in die Wege geleitet. Unser Vorschlag auf diesem Gelände im Randbereich einen Hag, also einen kleinen Friedwald zur Urnenbestattung anzulegen ist sinnvoll. Trägt er doch einerseits den sich ändernden Bestattungswünschen Rechnung, andererseits wird ein Beitrag zur Ortsrandeingrünung geleistet.

Sportpark

Der Kunstrasenplatz im Sportpark ist stark frequentiert und deshalb abgenutzt. Die Erneuerung ist auf 342 000,00 € veranschlagt und soll komplett aus unserem Gemeindefiskus finanziert werden. Vor Vergabe der Maßnahme muss unbedingt eine Bezuschussung durch das Land oder durch die Sportförderung beantragt werden.

Gewerbegebiet

Die Erweiterung des Gewerbegebietes soll unserer Gemeinde zu mehr Gewerbesteuererträgen verhelfen, deshalb ist die Ansiedlung von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zu befürworten. Die Erschließung sollte erst erfolgen, wenn der Spatenstich zur Verlängerung der L524 erfolgt ist, denn nur dann kann der zusätzliche Verkehr abfließen.

Verkehr

Nach vielen Anläufen wurde unsere Forderung beim Altenheim in der Oggersheimer Straße Tempo 30 einzurichten umgesetzt. Jedoch muss diese Beschränkung beidseitig ab dem alten Rathaus bis zur nördlichen Einmündung der Luitpoldstraße in die Oggersheimer Straße gelten, um eine gefahrlose Überquerung dieser vielbefahrenen Straße zu ermöglichen. Um diese Zone verstärkt ins Bewusstsein der Autofahrer zu bringen, müssen unsere mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln zum Einsatz kommen.

Die Verkehrssituation im Medardusring muss durch geeignete geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen verbessert werden.

Die seit langem planfestgestellte Verlängerung der L524 soll im Jahr 2009 ausgeführt werden und wird unseren Ort teilweise vom Verkehr entlasten. Dennoch sollte die Wiedereinführung des LKW Durchfahrtsverbotes sofort bei der zuständigen Behörde erwirkt werden.

Fehlende oder unleserliche Hinweisschilder auf unser Gewerbegebiet müssen erneuert werden. Es fehlt z.B. ein Hinweis an der Auffahrt zur A65 von der alten B9 aus Richtung Oggersheim, damit der Schwerverkehr um den Ort geleitet wird.

Um im neuen Baugebiet „Am Alten Damm“ und in den Ortsstraßen den landwirtschaftlichen Verkehr zu verringern, muss die geplante Ortsrandumfahrung vom Kreis der Autobahnanschlüsse an der A61 zur Ruchheimer Straße zügig realisiert werden. Zu beachten sind dabei die Bestrebungen von Ludwigshafen, die Ortsdurchfahrt Ruchheim für den landwirtschaftlichen Verkehr zu sperren und über das Gewerbegebiet Oggersheim zu leiten. Dann würden alle diese Fahrzeuge aus Richtung Oggersheim in unseren Ort fahren. Deshalb muss der auszubauende Wirtschaftsweg schon an der Oggersheimer Straße beginnen.

Grundwasser, Landschaftspflege und Umwelt

Südspange

Die Planungen für die Südspange zur Grundwasserregulierung stehen vor dem Abschluss. Der Trassenverlauf folgt der L524 und deren geplanten Verlängerung. Hier muss unbedingt eine zeitgleiche Verwirklichung beider Bauvorhaben gefordert werden, weil sich die Projekte hinsichtlich der Erdbewegungen und der Flurneuordnung ergänzen. Zu erinnern ist hierbei an die Zusage Ludwigshafens zur konstruktiven Mithilfe bei der Realisierung. Um das Grabensystem Mutterstadt an die Südspange anzuschließen, sind Kosten von etwa 700 000,00 € aufzuwenden. Diese müssen in die Gesamtmaßnahme und somit in die Bezuschussung eingebracht werden.

Geruch

Ein von der Freien Wählergruppe Ende letzten Jahres gestellter Antrag zur Kompostanlage wegen des Genehmigungsverfahrens wird in der heutigen Ratssitzung beantwortet. Die Geruchsbelästigung hat im vergangenen Jahr leider nicht abgenommen. Die ausgewerteten Geruchsmeldebogen ergeben eine Geruchsstundenhäufigkeit von 18,5% der Jahresstunden. Interessant ist aber, dass die Anlage nur zu knapp 50% an der Geruchsemission beteiligt sein soll, sie bleibt also lt. Gutachten mit 9% nur knapp unter dem für Wohngebiete zulässigen Grenzwert von 10%. Was passiert, wenn die Anlage wie geplant mit der doppelten Biomüllmenge betrieben wird?

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Schluss meiner Ausführungen

Danksagen möchte ich allen Angestellten der Verwaltung, den Abteilungsleitern Hammer, Holzwarth, Becker, Klein und Geib, der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kercher für die geleistete Arbeit. Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit möchte ich mich bei den Beigeordneten Hans-Dieter Schneider und Volker Strub bedanken.

Ein besonderes Dankeschön geht an den langjährigen ersten Beigeordneten Herrn Konrad Heller, der zum Jahresende sein Amt aufgegeben hat. Für unseren Bürgermeister Ewald Ledig ist es ebenfalls der letzte Haushaltsentwurf seiner Amtszeit. Auch ihm sei dafür gedankt.

Den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und der Ausschüsse gilt mein Dank für die konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit. Der vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2007 ist knapp ausgeglichen und mit einigen Unwegsamkeiten behaftet. Auch der Finanzplan und das Investitionsprogramm bis 2010 sind nur dann durchführbar, wenn die angenommenen Voraussetzungen eintreten.

Die Fraktion der Freien Wählergruppe stimmt dem Finanzplan und Investitionsprogramm 2006-2010 und der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2007 zu.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Finanzplan und das Investitionsprogramm 2006 bis 2010 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2007 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Antrag der FWG-Fraktion;  
Geruchsbelästigung durch die Kompostieranlage**

Mit Datum vom 30.11.2006 stellte die FWG-Fraktion einen Antrag wegen Geruchsbelästigung durch die Kompostieranlage. Nachfolgend werden die Fragen und Forderungen der Antragsteller beantwortet soweit dies in eigener Zuständigkeit möglich war:

Die Fraktionsvorsitzenden erhielten im Bauausschuss am 30.01.2007 jeweils einen Ordner mit Kopien aller Schriftstücke, Genehmigungsbescheide, Aktenvermerke etc. in chronologisch geordneter Reihenfolge seit dem Jahr 1989 bis heute.

Der Abschlussbericht des Prüfbüros Müssen & Partner wurde angefordert und ebenfalls im Bauausschuss am 30.01.2007 weitergegeben. Das Rolltor wurde mittlerweile montiert.

Nach Auskunft der SGD Süd wird für den Umschlag des Biomülls keine Genehmigung benötigt, da die tägliche Umschlagsmenge kleiner als 100 Tonnen ist.

Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle sind nach dem Europäischen Abfallverzeichnis als ungefährliche Abfälle eingestuft. Derartige Anlagen sind nur genehmigungspflichtig, wenn 100 Tonnen oder mehr je Tag umgeschlagen werden.

Die Umschlagsmenge wurde in der Vergangenheit von der SGD Süd geprüft und wird auch zukünftig anhand der zu führenden Betriebsbücher bzw. Mengenzuflüsse überprüft.

Es werden jährlich ca. 17.000 Tonnen Biomüll aus dem GML-Bereich angedient. Auf den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Rhein-Pfalz-Kreises entfallen hiervon 2.100 Tonnen. Von der Gesamtmenge sind die zur Kompostierung genehmigten 5.000 Tonnen abzuziehen. Mit dem verbleibenden Umschlagsvolumen von 12.000 Tonnen wird die genehmigungsfreie Tagesmenge von 100 Tonnen nicht überschritten.

Firma Zeller wird nach eigenen Angaben den Genehmigungsantrag für eine Biogasanlage im offenen Verfahren laufen lassen. Insofern werden sowohl Verwaltung als auch Bürger gleichermaßen ins Verfahren eingebunden.

### **Anträge / Anfragen**

Im Rahmen der Aktion „Sicherer Schulweg“ wurden vor einiger Zeit auf den Gehwegen Markierungen angebracht. Aufgemalte Fußabdrücke sollen geeignete Stellen zur Überquerung der Straßen kennzeichnen, doch die weiße Farbe ist bereits stark verblasst. Nach Meinung von Verkehrsexperten sind insbesondere im Herbst und Winter gelbe Markierungen besser zu erkennen. Die Verwaltung erläutert, dass die Markierungen jährlich, in der Regel vor Beginn des neuen Schuljahres erneuert werden. Der Einsatz von gelber Farbe wird geprüft.